

Polnischer Auftrag im Danzig-Konflikt?

Senatspräsident Greiser in Genf

Vor der Stellungnahme des Rates

Die Haltung des Auslandes

Heute: Unterhaltungsbeilage

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6. Fernsprechanschl. der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.- G. wöchentlich 0,75 G.; in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 2.- G. monatl.; für Sommerhefte 5.-. Anzeigen: 1 mm 0,16 G.; Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 9,16 u. 0,80 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs.

27. Jahrgang

Sonnabend, den 4. Juli 1936

Nr. 130

Senatspräsident Greiser in Genf / Vor der Stellungnahme des Rates

Polnischer Auftrag im Danzig-Konflikt?

M. B. Genf, den 4. Juli 1936.

(Telephonischer Bericht unseres hiesigen Korrespondenten)

Nachdem den ganzen gestrigen Tag über das Gerücht umging, daß Präsident Greiser nicht nach Genf kommen würde, erfuhr man, daß er dem Völkerbundssekretariat telegraphisch sein Eintreffen für Sonnabend mittag mitgeteilt habe.

Die Ratssitzung wird daher heute nachmittag, voraussichtlich nach der Schlußsitzung der Völkerbundsversammlung, stattfinden. Man nimmt nicht an, daß sie von sehr langer Dauer sein wird. Im Mittelpunkt der Erörterung soll, wie uns versichert wird, vor allem die Angelegenheit des Kreuzers „Leipzig“ stehen. Ratsspräsident und Ratsberichterstatter Eben wird kurz den Sachverhalt darstellen und sich im übrigen auf den umfangreichen und anschlusreichen Bericht des Hohen Kommissars beziehen.

Es befißt sich, daß man die polnische Regierung, der verfassungsgemäß die diplomatische Vertretung Danzigs ansteht, beauftragen will, in Berlin eine Demarche (eindringliche Vorkstellungen) zu unternehmen.

In gut unterrichteten Kreisen macht man darauf aufmerksam, daß die Bedeutung, die man dem Fall des Kreuzers „Leipzig“ und den damit zusammenhängenden Erörterungen Fortsetzer beimißt, im Zusammenhang mit der allgemeinen europäischen Lage zu würdigen sei, die seit dem Locarno-Konflikt bestehe. Man erinnert daran, daß unter den Fragen, die der frühere französische Außenminister Riancho in seiner berühmten Rede von Bezeles an die Reichsregierung gestellt hatte, auch die deutsche Haltung in bezug auf Danzig eine Rolle spielte, und daß in dem englischen Fragebogen in allgemeiner Form mit einer Wendung über die noch in Kraft befindlichen Klauseln des Versailler Vertrages hierauf Bezug genommen wurde.

Ins diesem Kommentar wie auch aus anderen Anzeichen geht deutlich hervor, daß man in Genf die durch den Bericht des Hohen Kommissars aufgeworfenen Probleme in erster Linie als einen Zwischenfall zwischen dem Deutschen Reich und dem Völkerbund betrachtet.

Die Presse zum Danziger Problem

Der „Vorposten“ spielt den Unbeteiligten

Der nationalsozialistische „Danziger Vorposten“ spielte gestern noch den völlig Unschuldigen. Er tat so, als ob der Bericht des Hohen Kommissars über die Lage in der Freien Stadt Danzig und die Danzig-Erörterungen im Völkerbundsrat weder ihn noch die Danziger Regierung etwas angingen, wobei zu berücksichtigen ist, daß er wohl zunächst nur befaßt ist, für sich selbst zu sprechen und sich höchstens auf amtliche Informationen stützt.

Wie wir erfahren, ist der Danziger Regierung dieses Mal nicht, wie es sonst üblich zu sein pflegte, vom Hohen Kommissar eine Abschrift des Berichtes, den dieser in Genf eingereicht hat, zugeleitet worden; so ist der Danziger Regierung in keiner Weise etwas darüber bekannt geworden, welchen Anlaß der Hobe Kommissar für die von ihm eingeleiteten Schritte hat bzw. welche Punkte der Bericht enthält, den der Hobe Kommissar an den Völkerbund gerichtet hat. Wir dürfen nun von uns aus vermuten, daß es sich kaum um ähnliche Fragen handelt, wie sie das letztmal im Januar, als Danzig auf der Tagesordnung in Genf stand, behandelt wurden, also um Petitionen der Danziger Oppositionsparteien. Noch viel weniger ist anzunehmen, daß die augenblickliche Aktion des Hohen Kommissars in sein wesentliches und natürliches Aufgabengebiet fällt, nämlich Streitfragen zwischen Danzig und Polen betrifft. Wir möchten vielmehr glauben, daß der Bericht des Hohen Kommissars und die daraus folgende Behandlung einer Danziger Frage auf der morgigen Ratssitzung im Zusammenhang mit dem Ereignis des letzten Kreuzerbesuchs steht, also mit dem auf Verleht des Oberbefehlshabers der Wehrmacht, Adolf Hitler, auszufallende Bericht des Kreuzerformandanten beim Hohen Kommissar und der mit dieser Tatsache im Zusammenhang stehenden Stellungnahme des Gauleiters der Danziger NSDAP, Albert Forster, zu den Aufgaben und der Vertretung des Hohen Kommissars in Danzig. Da es sich nun bei dem Verhalten des Kreuzerformandanten genau wie bei dem des Gauleiters der Danziger NSDAP, nicht um eine Angelegenheit handelt, die irgendwie mit der Regierung der Freien Stadt Danzig im Zusammenhang zu bringen ist, sondern in der nur das Danzische Volk um Stellungnahme gebeten werden kann, müssen wir unserer Vermutung darüber Ausdruck geben, wie der Hobe Kommissar zu der offenbar beschlossenen Aktion dieser Angelegenheit einen Weg wählen kann, der die Danziger Regierung mit in diese Angelegenheit einbezieht. Diese forderbare Tatsache findet ihre Rechtfertigung schon dadurch, daß man überhaupt den Präsidenten des Senats nach Genf berufen hat. Handelt es sich um die Angelegenheit zwischen dem Hohen Kommissar einerseits

und dem deutschen Kriegsschiffbesuch sowie dem Artikel Gauleiter Forsters andererseits, so erkennen wir nicht, welche Begründung der in dieser Hinsicht vom Hohen Kommissar eingeschlagene Weg besitzt; handelt es sich jedoch wider Erwarten bei der morgigen Erörterung der Danziger Frage vor dem Rat doch wieder einmal um Petitionen Danziger Oppositionsparteien, so können wir zumindest feststellen, daß der Hobe Kommissar von der üblichen Behandlung dieser Dinge diesmal insofern abgeht, als er die Danziger Regierung nicht über die vorliegenden und dann in Genf von ihr zu beantwortenden Fragen unterrichtet hat.

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Stellungnahme des „Vorposten“ lediglich taktisch zu bewerten ist.

Forster bei Reichskanzler Hitler

Der „Vorposten“ teilt weiter mit, daß sich der Gauleiter der NSDAP in Danzig, Forster, in Berlin aufhält und am Donnerstag Unterredungen mit Ministerpräsident Brüning sowie mit dem Reichskanzler Hitler gehabt hat.

Nationalsozialistische Stimmungsmache in Polen

In der deutschen gleichgeschalteten Presse Polens bemüht man sich, augenscheinlich inspiriert, Stimmung gegen den Völkerbund zu machen und die polnische Haltung zu beeinflussen. Der Erfolg dürfte allerdings schmal ausfallen. Es ist immerhin interessant für unsere Leser, die Tendenzen solcher Stimmungsmache kennen zu lernen. Beispielsweise schreibt die Bromberger „Deutsche Rundschau in Polen“ unter anderem:

„Zu den Gerüchten über einen angeblich bevorstehenden „nationalsozialistischen Putsch“ in Danzig kann man nur sagen, daß sie eine Ausgeburt der Phantasie sind. Die Nationalsozialisten sind in Danzig am Ruder, und wer an der Macht ist, braucht nicht zu verärgern. Dabei noch daran zu erinnern wäre, daß der Nationalsozialismus weder im Reich noch in Danzig durch einen Putsch, sondern auf ganz legitimen Wege zur Macht gekommen ist.“

Als entscheidendes Moment kommt hinzu, daß man auf polnischer Seite gar nicht daran denkt, den Danziger Zwischenfall, der anscheinend den Anlaß zu der Reise des Herrn Forster nach Genf gegeben hat, als Ausgangspunkt für eine Hilfsaktion zur Erhaltung der Autorität des Völkerbundes in Danzig zu benutzen. Zwar hat Herr Minister Roman in seinem letzten Trinkbruch, genau so wie Herr Greiser das schon früher getan hat, die Legalität der Genfer Autarkie auf dem Gebiet der Freien Stadt ausdrücklich anerkannt; aber wer die Geschichte der Politik der Hohen Kommissare kennt, kann wohl bereuen, daß man auf polnischer Seite kein sonderliches Interesse an der Zwischenhaltung neutraler Instanzen im Danziger Hafengebiet hat.“

Entschiedene Haltung in England

Sehr energisch nimmt die englische Presse für den Hohen Kommissar und die Rechte des Völkerbundes in Danzig Stellung. Auffallend ist, daß allezeit betont wird, daß es sich in dem Konflikt nicht um eine persönliche Zielumkehr gegen den Hohen Kommissar Forster, sondern um eine Stellungnahme gegen den Völkerbund handelt, und daß deshalb der Fall größte Aufmerksamkeit verdient.

Aus der großen Zahl der Pressestimmen heben wir eine Äußerung der „Times“ heraus, die eine Betrachtung über das Danzig-Problem in einem Leitartikel anstellt. Die „Times“ schreiben:

„Es sei schwer zu verstehen, so schreiben sie, warum die Tugender Nationalsozialisten gerade den gegenwärtigen Augenblick für eine Verhärthung der Spannung gewählt hätten. Vielleicht hofften sie, von den Wirren, die durch das Aufrollen des Problems ausgelöst worden seien, zu profitieren. Auf der anderen Seite hätte aber kein konstruktiver Plan vorgelegen. Es scheint, daß alles nur aus innenpolitischen propaandistischen Gründen vorgenommen worden sei.“

Das gleichgeschaltete „Berliner Tageblatt“ gibt keinen Grund über die Stellungnahme der englischen Presse, wie folgt, wieder:

Bei der Behandlung der Danziger Frage legt die Presse, um Deutschland nicht zu verärgern, sich eine gewisse Zurückhaltung auf. Trotzdem ist ersichtlich, daß ihre Zustimmung dem Völkerbunds-Kommissar Forster gebührt. Die Ansicht herrscht hier vor, daß es zunächst Polens Aufgabe sei, sich mit Deutschland über Danzig zu einigen, wobei allerdings auf eine harte polnische Haltung gerechnet wird. Damit wird zwar offen zugegeben, daß infolge des Ausbruchs von Unruhen Danzig heute für Polen wirtschaftlich nicht mehr so wichtig ist wie vor Jahr und Tag. Im Gegenzug hierzu wird auf die kulturelle Bedeutung hingewiesen, die Danzig in den Augen der polnischen Regierung beizubehalten muß.“

Streiflichter

Der Hobe Kommissar

Es ist einer der seltsamsten Widersprüche in der Stellung der Nationalsozialisten zu dem Problem der Selbständigkeit Danzigs, daß ihr Gauleiter Forster, um die Anhänger der Danziger Demokratie zu treffen, kein anderes geeignetes Mittel findet, als einen Angriff auf den Hohen Kommissar und seine andere Begründung für diesen Angriff hat, als den Hinweis auf die Güte der Beziehungen zu Polen. Sie, die doch deutsch und nationalsozialistisch gleiches Wesen und immer wieder betonen, daß die Grenze zwischen dem Deutschen Reich und Danzig eine erzogene Scheidewand ist, müssen immer wieder die Wichtigkeit und Unauflöslichkeit der danzig-polnischen Wirtschaftsbeziehungen unterstreichen. Wenn die Danziger Öffentlichkeit nach dem Jahresvertrag zwischen Deutschland und Polen noch irgendeinen Beweis dafür brauchte, daß niemand, daran denken kann, auf die Eigenstaatlichkeit zu verzichten, dann war dieser Beweis in dem Augenblick erbracht, als Danzig wegen seiner Zugehörigkeit zum polnischen Wirtschaftsgebiet die polnische Festlegenregelung übernommen und sich zur Vorbereitung künftiger Verhandlungen auf die außerordentliche Bedeutung Danzigs als Kunde und Bankier Polens berufen hat. Die Selbständigkeit Danzigs aber beruht ausschließlich auf dem Schutz, den ihr der Völkerbund gewährt. Ohne diesen Schutz wäre Danzig, das sich nach außen hin der Vertretung durch Polen bedienen muß, selbst dort, wo es sich um seine Handelsbeziehungen handelt, in der Tat kein selbständiger Staat.

Eine solche Selbständigkeit konnte aber einem kleinen Staatswesen von 400 000 Menschen nur dann gewährt werden, wenn es möglich war, in diesem Staatswesen Einrichtungen zu schaffen und zu erhalten, die die staatliche Ordnung in jedem Falle gewährleisten. Der Völkerbund hat sich daher das Recht vorbehalten, die Gestaltung der Danziger Verfassung zu überwachen. Die Verfassung ist erst in Kraft getreten, nachdem der Völkerbund sie genehmigt hat. Der Völkerbund hat sich bei Genehmigung der Verfassung vorbehalten, wenn es im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Ordnung liegt, ihre Abänderung zu verlangen. Sie kann von Danzig aus nicht ohne Zustimmung des Völkerbundes geändert werden. Man hat vielfach gemeint, daß hierin eine Einschränkung der „Souveränität“ der Freien Stadt liege. Diese Verfassungsgarantie vor allem ist den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge, weil sie sie daran hindert, die Grundzüge des Dritten Reiches in Danzig zu verwirklichen. Sie meinen jetzt, daß der Schutz von Danzigs Selbständigkeit durch die deutsch-polnische Verhandlung gewährleistet erische, und daß daher die Verfassungsgarantie fallen könne.

Es ist bekannt, daß diese Ansicht von niemandem geteilt wird, auch nicht von Polen. Der polnische Minister Roman hat mit aller Deutlichkeit bei seinem Besuch in Danzig in diesen Tagen erklärt, daß trotz der unmittelbaren Verhandlungen zwischen Danzig und Polen und trotz der durch sie in den letzten Jahren fast erreichten Regelung der Streitfragen die Höhe nicht unterschätzt werden kann, die den auf Grund des Statuts der Freien Stadt Danzig bestehenden Instanzen zuerkannt ist. In der Tat wird, so lange auch nur die entfernteste Möglichkeit eines Konfliktes mit irgendeinem Staat nicht auszuaräumen ist — und das wird nicht gelingen, so lange nicht der Zustand hergestellt ist, den man mit dem Wort „kollektive Sicherheit“ bezeichnet — ein Kleinstaat, der über keinerlei eigene Machtmittel verfügt, nicht eine Instanz unterbreiten können, die gewillt und imstande ist, aus Rechtsgründen seine Selbständigkeit zu verteidigen. Würde Danzig zu diesem Zweck Opfer in Kauf nehmen müssen, so könnten sie im Interesse der Selbständigkeit gar nicht werden.

Wir sind jedoch nicht einmal der Meinung, daß der Verzicht auf ein willkürliches Verfahren mit den verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates ein „Opfer“ ist. Während nämlich neue politische Ideen in einem großen Lande nicht imstande sind, sich durchzusetzen, bevor sie in der Tat das ganze Land und die Bevölkerung des ganzen Volkes durchdrungen haben, ist ein Kleinstaat in seiner politischen Entwicklung dem Zufall und der Beeinflussung ausgesetzt. Es ist deshalb notwendig, daß es einen festen Boden gibt, von dem sich Verwaltung und Gesetzgebung nicht entfernen können. Diese feste Grundlage der politischen Entwicklung kann nur die Verfassung sein. Es war deshalb logisch, wenn man Danzig gezwungen hat, in seine Verfassung selbst die Bestimmungen aufzunehmen, nach denen die Verfassung ohne den Willen des Völkerbundes nicht geändert werden kann, und der Völkerbund beauftragt ist, Auskünfte über alle öffentlichen Angelegenheiten zu verlangen. Wir sind der Ansicht, daß nur diese Grundzüge der Freien Stadt diejenige Stabilität der politischen Entwicklung verleihen, die zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung erforderlich ist.

Um so seltsamer muß es deshalb an, wenn diese Ausnahmestellung gegenüber dem Völkerbund von den Nationalsozialisten als brüderlich empfunden wird, wenn der „Vorposten“ z. B. jetzt nicht verstehen will, weshalb der Präsident

des Senats in einem Augenblick, in dem weder ein dankschuldiger Streitfall noch eine Petition vorliegt, nach Genf berufen wird. In solchen Ausnahmefällen kommt laut Verfassung der Senat zur Beratung, daß die Völkerbundsorganisation für die Danziger Verfassung die sehr weitreichende Komplexität hat, daß es nämlich unmöglich ist, im Rahmen dieser Verfassung gewisse nationalsozialistische Grundzüge zu verwirklichen. Da jede Verfassungsänderung der Zustimmung des Völkerbundes bedarf, können nicht, wie es beispielsweise die Weimarer Verfassung zuließ, ohne Veränderung der Verfassungstexte Verfassungsänderungen in einem Einzelfall die verfassungsmäßigen Grundzüge verlassen werden. Es ist auch unmöglich, daß ein verfassungswidriger Zustand bestehen bleiben könnte. Er muß vielmehr in jedem Augenblick revidiert werden, da ja die Verfassungstexte selbst nicht geändert ist.

Von um so größerer Bedeutung aber ist die Feststellung, daß dieser Zustand von Gauleiter Forster aus rein parteipolitischen Gründen angegriffen wird. Nachdem diese beiden Grundzüge der Genehmigungsbedürftigkeit von Verfassungsänderungen und der Anstaltspflicht gegenüber dem Völkerbund in die Verfassung selbst aufgenommen sind, ist die Rechtslage nicht so, daß das Verbotnis Danzigs zum Völkerbund ein völkerrechtliches ist, und daß der Hohe Kommissar als Vertreter des Völkerbundes in Danzig eine auswärtige, außerhalb des Staatsorganismus stehende Instanz wäre. Er wird zwar in normalen Zeiten kaum Gelegenheit haben oder Anlaß nehmen, in die freie Entwicklung der inneren Verhältnisse Danzigs einzugreifen. Seine Kompetenzen sind ihm in der Tat nur für den Ausnahmefall gegeben, allerdings mit dem vom Rat des Völkerbundes vielfach bekräftigten Vorbehalt, daß er alles entscheidet, ob er eine ihm erteilte Instruktion oder eine ihm zugehende Petition aufgreifen will, es also ein solcher Ausnahmefall gegeben ist. Der Hohe Kommissar ist nicht, wie es in der deutsch-deutschen Presse anlässlich des hiesigen Artikels, der die Quelle der jetzigen Verwicklungen ist, dargestellt wird, ein Gouverneur für Danzig, sondern er ist im äußersten Falle der Garant der öffentlichen Ordnung. Die Erhaltung der öffentlichen Ordnung aber ist sowohl Voraussetzung des Fortbestandes der Verfassung als auch der Selbständigkeit der Freien Stadt.

Das Jahr 1936 hat zwei interessante Bestätigungen dieser Ansicht gebracht, daß der Hohe Kommissar für Danzig keine Instanz außerhalb des Staatsorganismus ist: In seiner Januar Tagung hat sich der Rat nicht darauf beschränkt, wie in früheren Fällen, und wie es nach nationalsozialistischer Ansicht allein möglich wäre, vom Senat Abhilfe bestimmter für verfassungswidrig erklärter Zustände zu verlangen, sondern er hat zur Wahrung der Rechte der Presse vom Senat den Erlass eines bestimmten Gesetzes verlangt. Für den Senat blieb nur noch die Formulierung und Verlesung dieses Gesetzes, während sein sachlicher Inhalt bereits durch die Entscheidung des Rates feststand. Ebenso wird man annehmen müssen, daß, falls der Rat die Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes feststellt, dieses Gesetz ohne formale Aufhebung vom Danziger Behörden als ungültig zu behandeln ist, ohne daß sie bestraft wären, ihrerseits Erörterungen über die Nichtigkeit der Nationalregierung anzustellen. Noch klarer ist die Ansicht des Rates darin in Erscheinung, daß er, wie schon vermerkt, die Republik Polen unter Hinweis auf die ihr nach Artikel 41 der Danziger Verfassung zukommenden Befugnisse zur außenpolitischen Vertretung der Freien Stadt beauftragen will, mit der Reichsregierung wegen des Zwischenfalls bei dem Abschluß des deutschen Kriegsschiffes in Danzig zu verhandeln. Dieser Hinweis auf die Danziger Verfassung und die Verfassung Polens zur Leistung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs ist nur dann erklärlich, wenn man den Hohen Kommissar als Organ des Danziger Staates ansieht.

Diese rechtliche Beurteilung der Stellung des Hohen Kommissars entspricht auch durchaus den Verhältnissen und Umständen der Bevölkerung, die mit Recht in ihm den Garant ihrer Freiheiten sieht und ihn in unzulässigen Einzelfällen wegen ihrer persönlichen Sorgen angegriffen hat. Wenn Nationalsozialisten das Landesvertrauen nennen, dann liefern sie selbst den Beweis für das, was von uns schon immer behauptet worden ist, daß ihnen nämlich jedes Verständnis dafür fehlt, daß ihre Partei nicht berechtigt ist, die Organisation der Bevölkerung zu terrorisieren und daß sie aus parteipolitischen und propagandistischen Gründen ihre Augen vor der Logik der Tatsachen verschließen.

Der Schulerfolg des Kultusrektors

Vor wenigen Tagen hat der Kultusminister eine amtliche Anweisung an die Schulen erlassen, in der er es den Lehrern und Lehrkräften der Danziger Schulen ausdrücklich empfohlen hat, wenn Nationalsozialisten das Landesvertrauen nennen, dann liefern sie selbst den Beweis für das, was von uns schon immer behauptet worden ist, daß ihnen nämlich jedes Verständnis dafür fehlt, daß ihre Partei nicht berechtigt ist, die Organisation der Bevölkerung zu terrorisieren und daß sie aus parteipolitischen und propagandistischen Gründen ihre Augen vor der Logik der Tatsachen verschließen.

Nicht ohne das Bewußtsein, daß es von uns großer Teil der Schulverwaltung, eben auch die Schulverwaltung der Danziger Schulen, erkennen das geschickte Spiel, und es bedarf nicht nur eines Hinweises auf die Notwendigkeit der Schulreform, sondern es bedarf auch der Veranschaulichung der Notwendigkeit der Schulreform. In dem genannten Brief des Kultusministers findet sich der Satz: „Die Schulverwaltung hat einen besonderen Auftrag, die Schulverwaltung zu unterstützen.“ In demselben Brief wird die Schulverwaltung aufgefordert, die Schulverwaltung zu unterstützen. In demselben Brief wird die Schulverwaltung aufgefordert, die Schulverwaltung zu unterstützen.

Noch sich zum Arbeitervortragsband und zur Christusjugend äußerte, und es waren bei diesem Schulfest, auf dem es wieder viel Paktenszusammen und eine Führerschaft gab, viele, sehr viele Andersdenkende anwesend. Der Erlaß an die Lehrer ist wenige Tage vor den großen Ferien gekommen; hoffentlich wird er dann, wenn die Schule

wieder beginnt, erfreuliche Wirkungen erkennen lassen. Wie weit die Eltern und Schüler auf dieser Verordnung stehen können, wird zu gegebener Zeit, d. h. nach den Ferien, noch zu behandeln sein. Der Erlaß jedenfalls ist im Kampf um verfassungsmäßige Zustände in der Schule zu nicht ein wesentlicher Beitrag von amtlicher Seite.

Abbruch der Sanktionsdebatte in Genf

Delbos Ausführungen über die Völkerbundsreform — Stärkung der Völkerbundsmacht gefordert

Die Völkerbundsversammlung setzte Freitag vormittag die allgemeine Aussprache über die Aufhebung der Sanktionen und die damit mittelbar zusammenhängende Frage der Völkerbundsreform fort. Gleichzeitig gingen hinter den Kulissen die Bemühungen zur förmlichen Beilegung des Sanktionsstreites weiter. Die Bemühungen zur Beilegung des Sanktionsstreites sind erheblich durch die absehbaren Entschickungsentscheidungen vom Donnerstagabend gestört worden. Die Versammlung besaß Freitag vormittag, ihr Büro zu beauftragen, eine allgemeine Entschickung auszuarbeiten, die den in der Aussprache zum Ausdruck gekommenen Auffassungen Rechnung tragen soll. Von den beiden Entschickungsentwürfen des Regus, die nach Auffassung der Völkerbundsdebatte die Versammlung der sehr heftig bestritten, wird als besonders schwierig der Antrag angesehen, die in Afrika durch Italien geschaffenen Zustände nicht anzuerkennen. Sollte die absehbende Averbung auf diesen Antrag und auf einer Abstimmung über ihn bestehen, so würde die Versammlung zweifellos in eine schwierige Lage kommen. Als jetzt wollten die leitenden Völkerbundsdebatte die Frage der Anerkennung vorläufig offen lassen. In der Versammlung bestehen nämlich bei den amerikanischen Staaten starke Tendenzen für die Anerkennung.

Die Lösung könne nach Auffassung seiner Regierung in der Organisation neuer regionaler Einheiten oder in einer engeren Zusammenfassung der bestehenden gefunden werden. Unter regionalen Einheiten soll jede Gruppe von Nationen verstanden werden, deren Einigung sich auf die geographische Lage oder ihre gemeinsamen Interessen stütze. Man müsse rasch vorgehen, um den Völkern das Vertrauen in den Mechanismus der Sicherheit, wie sie der Pakt schaffen wollte, wiederzugeben. Um ein rasches Vorgehen zu ermöglichen, schlage die französische Delegation vor, zu beschließen, daß die Mitgliedsregierungen aufgefordert würden, dem Generalsekretär bis zum 15. August alle ihre Bemerkungen oder Vorschläge, die sie zur Erhöhung der Wirksamkeit der Artikel 11 und 16 für zweckmäßig erachten, zu unterbreiten. Auf diese Weise wäre die Periode der Ungeklärtheit, deren Dauer die Gefahren erhöhen würde, auf ein Minimum reduziert.

Der Redner schloß mit den Worten, daß die Klarheit seiner Beschlüsse, durch die Klarheit seiner Entscheidungen könne der Völkerbund in diesem Augenblick seine Lebenskraft bezeugen sowie seinen Willen, die Vertrauenskrise, an der er leide, zu überwinden.

Die Debatte abgeschlossen

Die Völkerbundsversammlung hat am Nachmittag die große politische Aussprache abgeschlossen. Es kamen Vertreter kleinerer und außereuropäischer Staaten zu Wort. Der Vertreter Norwegens, Außenminister Kobb, erbob Einwendungen gegen das von Frankreich in Aussicht genommene System der regionalen Pakte. Er vertrat den Standpunkt, daß diese regionalen Pakte deshalb eine Gefahr seien, weil sie leicht in militärische Bündnisse ausarten könnten. Der Vertreter Portugals, Monteiro, warf in seiner Rede den Großmächten vor, daß sie während des Sanktionskonfliktes nicht so solidarisch gewesen seien wie die anderen Staaten. Der spanische Außenminister Garcia warnte vor den Gefahren einer unüberlegten Reform. Auch er sprach sich für die Notwendigkeit aus, diejenigen Bestimmungen des Völkerbundsstatutes zu beachten, die die tiefgreifende Änderung ungerechter internationaler Zustände ermöglichen.

Heute Abstimmung über Sanktionsaufhebung

Nach der Rede des spanischen Außenministers wurde die Aussprache in der Völkerbundsversammlung abgeschlossen. Anschließend versammelte sich das Büro der Völkerbundsversammlung, um über einen Entschickungsentwurf für die Aufhebung der Sanktionen zu beraten. Nach längerer Sitzung hat das Büro den Präsidenten van Zeeland beauftragt, einen Entschickungsentwurf auszuarbeiten. Die Versammlung wird am Sonntagvormittag zusammentreten, um über diese Entschickung abzustimmen.

Der Regus bleibt in Europa

Die absehbende Averbung in Genf hat dem Vertreter von Neuen amtlich mitgeteilt, die Möglichkeit, daß der Regus nach Afrika zurückgekehrt werde, sei niemals auch nur erwogen worden. Falls er zurückbleibe, bis zu Ende der Völkerbundsversammlung in Genf bleiben und dann voraussichtlich nach London zurückkehren. Seine weiteren Pläne seien noch nicht bekannt. Nach einer anderen Genfer Meldung ist man in Völkerbundsreisen der Ansicht, daß die Gewährung einer Völkerbundsamtliche an den Regus nicht in Frage komme.

Selbstmord in der Völkerbundsversammlung

Die schweizer Journalist erlitt während einer Rede zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall kam es am Freitag in der Völkerbundsversammlung. Während die Rede des spanischen Außenministers überlegt wurde, erlitt plötzlich von den amerikanischen Tribünen der ein Schlag und man sah, wie ein Mann umfiel. Der Versammlung bemächtigte sich große Erregung. Man hatte zunächst geglaubt, es handle sich um ein Attentat. Der Präsident fragte sofort nach einem Arzt. Es wurde dann festgestellt, daß ein schweizerischer Bildhauer erlittet verunfallt hatte, durch Erbrechen Selbstmord zu begehen. Sanitäter und Polizei bemühten sich sofort um den Verletzten und sorgten für seine Überführung in ein Krankenhaus. Nach dem bei ihm vorgefundenen Ausweispassieren handelt es sich um einen Deutschen Stefan Zur. Die Versammlung nahm nach wenigen Minuten ihren Fortgang. Präsident van Zeeland gab eine Erklärung ab, daß der Vorfall nichts mit den Verhandlungen der Versammlung zu tun habe, und daß die Debatte fortgesetzt werde.

Der Selbstmordsterbender ist ebenfalls seinen Verletzungen erliegen. Aus einer Reihe von Reden, die bei Zur gefunden wurden, scheint hervorzugehen, daß es sich um einen geisteskranken Menschen gehandelt hat. Die Worte waren gerichtet an den König von England, an den Generalsekretär Avenol, an Eden und an die „Times“ und den „Manchester Guardian“. Aus der Tatsache, daß der Verstorbenen am Sonntag noch keine Besichtigung beglichen hat, hebet er sich zur Völkerbundsversammlung begab, will man allerdings auch schließen, daß er keine Zeit mit einer geistigen Überforderung bespannt habe.

Hitler sprach in Weimar

Der Entschickung der letzten in Weimar bestimmten Jahresberichte des ersten Vorkommens im Herbst, die dem Reichsführer Hitler eine ausführliche Erläuterung des dem nationalsozialistischen Schicksals. Die die Nationalsozialisten in Deutschland zur Macht führten, die die deutsche Nation — so heißt es in dem Bericht — nicht nur in die Welt, sondern auch die Welt eines Reiches sein; dann erhebt sich, wenn die Welt eine höhere Größe anzuweisen habe, sondern in Stunden schmerzlicher Überforderung. Solange eine Führung von Hitler in Deutschland ist, wird die Welt ein Reich sein. Die Welt ist ein Reich, in dem das Reich sich abzeichnet. Die Welt ist ein Reich, in dem das Reich sich abzeichnet. Die Welt ist ein Reich, in dem das Reich sich abzeichnet.

Die französischen Reformvorschlüge

Die Rede des Außenministers Delbos

Den Mittelpunkt der gestrigen Völkerbundsversammlung bildete die Rede des französischen Außenministers Delbos. In seinen Ausführungen legte er das Hauptgewicht auf die vorzunehmenden Maßnahmen des Bundes, die wirksam genug sind, jeden Angriff unmöglich zu machen. So sind die Vorschläge Delbos' außerordentlich präzise formuliert.

Der französische Außenminister, der zum erstenmal in Genf das Wort ergriff, führte aus: Der erste Delegierte Frankreichs habe die Stellung seiner Regierung gegenüber den hier zu behandelnden Problemen klargelegt. Zahlreiche Delegationen hätten die Auffassungen ihrer Regierungen entwickelt. Er wolle nunmehr darlegen, welche Schlussfolgerungen von unmittelbarer praktischer Tragweite nach Auffassung seiner Regierung aus dieser Debatte gezogen werden könnten. Als Folge dieses Beschlusses hätten sich einige Zweifel über die Abnehmbarkeit des Bundes eingestellt, und dies sei vielleicht die wichtigste Ursache des herrschenden allgemeinen Unbehagens. Außerdem dürfe man sich nicht wundern, daß ein so kompliziertes Gebilde wie die letzte Sicherheit sich nicht an einem Tage aufzurichten lasse, und daß die Welt nicht plötzlich durch eine unmittelbare Handlung von der Herrschaft der Gewalt zu der des Rechts übergehe. Eine gründliche Würdigung der Schwierigkeiten müsse vor übertriebenen Erwartungen bewahren.

Wenn in dem schwerlichen Drama der letzten Monate der Völkerbund eine Niederlage erlebt habe, so rühre dies daher, daß die Waffen des Bundes nicht mit ihrer vollen Wirksamkeit ausgeübt werden seien.

Das sei nicht der Fehler des Bundes, dieser verdiene großes Vertrauen. Frankreich könne den Vorschlag des Bundes ab, der die Struktur oder den Geist des Bundes beeinträchtige. Es handele sich nicht darum, diese Grundlinien zu ändern, sondern ihre Anwendung wirksamer zu gestalten. Es wäre ein schwerer Fehler, das Prinzip der Universalität des Bundes in Frage zu stellen. Die höchste Methode die Universalität des Bundes zu erreichen, würde darin bestehen, wenn man behaupten zu können, daß man die Universalität des Bundes nicht aufgeben könne, indem man den Charakter und die Tragweite der Verpflichtungen des Bundes herabsetze. Der Völkerbund werde nur ein leeres Wort bleiben, wenn man unter dem Vorwand, ihn zu erhalten oder zu erweitern, die Universalität des Bundes der Verantwortung und der Wirksamkeit beraube, wie es im Fall nadergelegter Fälle, wenn man die Universalität des Bundes nicht aufgeben könne, indem man den Charakter und die Tragweite der Verpflichtungen des Bundes herabsetze.

Ein wichtiger Grund wurde erörtert sein, wenn die Versammlung im September in der Lage wäre, Meinungen zu bezeichnen, die es ermöglichen, daß jeder Staat genauer feststellen könne, auf welche Seite der Gemeinschaft er stehen wolle.

Die verschiedenen Grundlinien müssen sich auf die Verantwortung der verschiedenen Länder und die Universalität des Bundes beziehen. Die Universalität des Bundes ist ein Prinzip, das nicht aufgegeben werden darf. Die Universalität des Bundes ist ein Prinzip, das nicht aufgegeben werden darf. Die Universalität des Bundes ist ein Prinzip, das nicht aufgegeben werden darf.

Die französische Regierung würde sich wünschen, daß ein internationaler Normalzustand herbeiführt, in dem die Universalität des Bundes nicht aufgegeben werden darf. Die Universalität des Bundes ist ein Prinzip, das nicht aufgegeben werden darf. Die Universalität des Bundes ist ein Prinzip, das nicht aufgegeben werden darf.

Um den englischen Fragebogen

Deutsche Antwort bald zu erwarten?

PARIS, meldet aus Berlin: Da England nach wie vor auf der Erstellung einer Antwort auf den britischen Fragebogen besteht, erwartet man in Berlin, daß das Reichskabinett trotz ernster Vorbehalte die gewünschte Antwort des Reiches in der nächsten Zeit erteilen werde. Wie man hört, wird das deutsche Dokument möglichst kurz und sachlich gefaßt werden, und zwar derart, daß eine internationale Diskussion durch irgendwelche polemische Auslassungen nicht erschwert werde.

Die deutsche Antwort in einer Reichstagsabstimmung?

Die „Morning Post“ läßt sich aus Berlin berichten, daß die deutsche Antwort auf den englischen Fragebogen seit einer Woche bereit sei, daß aber sehr wahrscheinlich der Reichstag einberufen werde, um von ihr Kenntnis zu nehmen und sie zu genehmigen, bevor sie überreicht werde. Die Antwort werde betonen, daß dies Hillers letztes Angebot sei. In Berlin werde auch der Verlauf der Dardanellenkonferenz aufs eifrigste verfolgt, und es sei nicht ausgeschlossen, daß Deutschland infolge der Verstärkung der sowjetrussischen Marine eine Abänderung des englisch-deutschen Marineabkommens anstreben werde.

Diese Meldung der „Morning Post“ wird unterstützt durch Meldungen von Berliner Korrespondenten anderer ausländischer Blätter, die von einer bevorstehenden Reichstagsabstimmung sprechen. Es würde ja auch den deutschen Verpflichtungen entsprechen, die Antwort in einer Kanalerrede vor dem Reichstag zu erteilen.

Besprechungen der Vorkonferenzen

Übereinstimmung der Ansichten über die Behandlung des schwebenden Konfliktes

Am Freitagabend haben der belgische Ministerpräsident van Zeeland, der französische Außenminister Lelobos und der englische Außenminister Eden gelegentlich eines gemeinsamen Abendessens eine politische Besprechung abgehalten, die den Fragen gewidmet war, die seit dem 7. März zwischen Deutschland und den Vorkonferenzen in der Schwebe sind. Am Mittwochnachmittag wurde von der englischen Delegation folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben:

„Als Ergebnis der Besprechungen, die zwischen den Führern der englischen, französischen und belgischen Delegation stattgefunden haben, wurde die Vereinbarung getroffen, daß eine weitere Zusammenkunft der Mächte, die die Abkommen vom 19. März in London abgeschlossen haben, zu einem neuen Zeitpunkt wünschenswert sei, um die augenblickliche Lage zu prüfen. Ueber den Zeitpunkt und den Ort der neuen Zusammenkunft wurde kein endgültiger Beschluß gefaßt. Man ist jedoch übereingekommen, die Einladungen nach weiteren Beratungen zwischen den Beteiligten ergehen zu lassen.“

In Ergänzung dieser amtlichen Mitteilung verlangt aus englischen Delegationskreisen, daß die Zusammenkunft nach der übereinstimmenden Ansicht der Delegationschefs möglichst bald, und zwar gegen Ende dieses Monats, stattfinden solle. Es wird in den gleichen Kreisen betont, daß die Ansichten der drei Delegationen bisher noch nie so weitgehend in Übereinstimmung gebracht worden seien wie in der Freitagbesprechung.

Englands Rüstungsausgaben

Fehlbetrag im Etat erwartet

Der englische Schatzkanzler Chamberlain gab gestern im Unterhaus gelegentlich der dritten Lesung des Haushaltsvoranschlags 1938/37 aufsehenerregende Erklärungen über die englischen Rüstungsausgaben ab. Schatzkanzler Chamberlain erklärte, die Erhöhung der Steuern sei offen erfolgt, weil das Rüstungsprogramm, das lebenswichtig und dringlich sei,

dies erforderlich mache. Es müsse innerhalb eines einzigen Jahres durchgeführt werden und müsse in einem gewissen Verhältnis zu dem stehen, was andere Länder tun. Chamberlain erklärte dann — und diese Erklärung erregte großes Aufsehen —, daß er den Fehlbetrag in dem Haushalt für das nächste Jahr erwarte. Seit der Haushaltsklärung sei es so gut wie sicher geworden, daß der Haushalt einen Fehlbetrag aufweisen werde, und es sei nur die Frage, wie hoch dieser Fehlbetrag sich stellen werde. England sehe, so schloß er, vor einer Zeit, in der es große Summen ausgeben werde, um das Land zu sichern und es in die Lage zu versetzen,

keine Verpflichtungen gegenüber dem Weltmarkt

zu erfüllen. Er sei allerdings nicht der Ansicht, daß die Vermehrung der Ausgaben für die Rüstungen sich ununterbrochen fortsetzen werde. England habe jedoch aufzuholen und müsse während einer kurzen Zeit ungewöhnliche, in fast beispiellose (phänomenale) Summen ausgeben. Sobald aber der für notwendig gehaltene Stand erreicht sei, würden genügend Gelder zur Verfügung bleiben, um auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgreich fortzuschreiten. Er glaube, daß England finanziell genug sei, in den kommenden Jahren die erforderlichen Gelder aufzubringen.

Die Mitteilung des Schatzkanzlers über den im Haushalt zu erwartenden Fehlbetrag hat bei den Abgeordneten beträchtliches Aufsehen hervorgerufen. In den Wardensitzungen des Unterhauses wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben nicht weniger als 5 Mill. Pfund erfordern werde. Damit würden sich die Sonderausgaben für das englische Aufrüstungsprogramm in diesem Jahre auf rund 25 Mill. Pfund stellen.

Ein sozial bearbeiteter Miltanzensantrag der Arbeiterpartei

Die Arbeiterpartei hat für nächsten Mittwoch einen Miltanzensantrag eingebracht, in dem die Regierung wegen der mangelhaften Unterernährung der britischen Bevölkerung angeklagt wird.

Staatsbürgerschaft in Österreich. In Wien fand unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg am Freitag ein Ministerrat statt, auf dem grundsätzlich beschlossen wurde, ein Bundesgesetz zum Schutze des Staates zu erlassen. Der Ministerrat behandelte einen Ministerauschuss zur Beratung eines entsprechenden Entwurfes. Wie dem von unterrichteter Seite verlautet, soll das neue Staatsbürgerschaftsgesetz abhaken, die in der Schweiz und in der Tschechoslowakei geschaffen wurden, nachgebildet werden. Das Gesetz soll alle die verschiedenen Verordnungen, die im Laufe der letzten Jahre zur Bekämpfung verbotener polnischer Werbungen geschaffen wurden, sowie die einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches über Hochverrat, Geheimverrat und in einem einzigen Gesetz vereinigen.

Madoglio schreibt Kriegsgeschichte. Die Geschichte des italienischen Feldmarschalls in Afrika wird zurzeit von dem Oberbefehlshaber der italienischen Truppen, Marschall Badoglio, niederschreiben. Das Buch dürfte noch in diesem Jahr erscheinen.

Revisionsverfahren gegen Woldegaras. Der frühere französische Ministerpräsident Woldegaras, der seit Juni 1934 ein Zusammenstoß mit dem damaligen Reichspräsidenten Hindenburg nach dem Scheitern der Verhandlungen am 2. und 3. Juli erneuert vor Gericht. Er hatte sich vor der Appellationskammer

im Revisionsverfahren wegen des feinerzeit im Blatt seiner Anhänger erschienenen Aufsatzes „Auf Sachdienlichem“, der durch die Regierung gerichtet war, zu verantworten. Nach zweifacher Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde nunmehr das erste Urteil, das auf 6 Monate Gefängnis lautete, jedoch unter Strafausssetzung, verhängt.

Vor einer Lösung in der Dardanellen-Frage

Übereinstimmung der englischen und russischen Ansichten

Zwischen Rußland und England soll eine weitgehende Verständigung in der Meerengenfrage zustande gekommen sein, die die letzten Schwierigkeiten für eine Einigung in Montreux beseitigt. Die Einigungsformel ist nicht so kompliziert, wie es ursprünglich, besonders von englischer Seite, geplant war. Die Flotte der Sowjetunion erhält sowohl freie Einfahrt wie Ausfahrt. Gegenüber ist die Tonnenzahl erheblich erhöht worden, die die Engländer jederzeit in die Gewässer des Schwarzen Meeres senden können. Es fällt also weg die Beschränkung des Ausfahrtes der Sowjetflotte für den Fall von Veränderungen in den nördlichen Gewässern, ebenso aber auch die Vorbehalte, die Japan von einer Begrenzung der Bedingungen gewonnen hätte, unter denen die Sowjetflotte im Kriegsfall hätte auslaufen können.

Eine Tagung der Interparlamentarischen Union ist unter Teilnahme von 450 Delegierten aus allen Teilen der Welt am Freitag in Budapest eröffnet worden.

In Warschau sind gestern zehn Kommunisten, bei denen kommunistische Antriebe und Druckchriften gefunden wurden, verhaftet.

Danziger Nachrichten

Rundschau auf dem Wochenmarkt

Trotz des verhältnismäßig trübten Wetters ein sehr gut besuchter Wochenmarkt. Ganz besonders ist der Obstmarkt beschickt. Die ersten Sauerkräutchen werden heute zum Markt angeboten. Sauerkräutchen kosten 40 und 70 Pfg. das Pfund. Erbsen sind noch mit Stengel, letztere ohne Stengel. Süßkirschen kosten 30—40 Pfg. Auch Johannisbeeren werden heute schon mit 25 Pfg. das Pfund angeboten. Die Anfuhr von Erdbeeren ist noch recht groß; sie kosten 20—40 Pfg. das Pfund. Blaubeeren sind reichlich vorhanden und kosten 20 und 25 Pfg. das Pfund. Himbeeren preisen 50 und 60 Pfg., Walderdbeeren 60 Pfg., grüne Stachelbeeren 20 Pfg., und reife Stachelbeeren 45 Pfg. das Pfund. Für Zitronen werden 20 und 25 Pfg. für das Stück verlangt.

Auch junges Gemüse ist in großen Mengen vorhanden. Es preisen: Zuckerschoten das Pfund 20 Pfg., gefüllte Schoten 30 Pfg., Schneidebohnen 25—30 Pfg., Wachsbohnen 50 Pfg., Puffbohnen 40 Pfg., Weißkohl 15 Pfg., Gurken 35 Pfg., Spargel 40—50 Pfg., Rhabarber 10 Pfg., Pfefferlinge 25—30 Pfg., Tomaten 120 Gulden, Fenchel 15 Pfg., Mörschen 10 Pfg., frühe Kartoffeln 10 Pfg. das Pfund, Mohrrüben 10 Pfg., Kohlrabi (Müschchen 6 Stück) 25 Pfg., ein Kopf Blumenkohl 20—40 Pfg., ein Köpchen Salat 5 Pfg., Radisken 10 Pfg. und ein Suppenbund 10 Pfg.

Auf dem Geflügelmarkt werden junge Enten und Gänse angeboten. Enten kosten 120, Gänse 100 Gulden das Pfund. Junge Hühner preisen 100—200 Gulden das Stück. Ein Ländchen kostet 70 Pfg. Suppenhühner kosten pro Pfund 90 Pfg. Für Eier zählt man je Mandel 100—120 Gulden. Die Fleischpreise sind folgende: Schweinehälften und Roulade 95 Pfg., Karbonade 110 Gulden, Schulter und Nussfleisch 85 Pfg., Näschen 120 Gulden, Gieseln 45 Pfg. das Pfund, Rindfleisch höher 70 Pfg. bis 110 Gulden, Hammelfleisch 90 Pfg. bis 110 Gulden, Kalbfleisch 80—90 Pfg. das Pfund.

Auf dem Fischmarkt werden vorzugsweise lebende Schlei angeboten. Sie kosten 50 und 55 Pfg. das Pfund. Für Kalle zählt man 80 Pfg. bis 1,20 Gulden, Seide 90 Pfg. bis 1,20 Gulden, Zander 110 Gulden, Barje 40—60 Pfg. das Pfund. Groß ist auch das Angebot an Mäandern und kostet das Pfund 30—50 Pfg. Steinbutt kosten 50 Pfg., Quappen 25 bis 40 Pfg., Pommesel 35 Pfg., Breiten 25 Pfg. je Pfund. Für Räucherware verlangt man: Fische 5,50 Gulden, Kalle 2,00—2,60 Gulden (Müschchen Kalle 1,00 Gulden), Mäandern 1,20—1,60 Gulden das Pfund (Müschchen 60 Pfg.).

Silbe.

Neue Regelungen für Heu und Stroh

Durch eine im Staatsanzeiger vom 3. Juni veröffentlichte Anordnung wird der Handel mit Raufuttermitteln neu geregelt und die Preise für Heu und Stroh festgelegt. Die Anordnung bestimmt als Erzeugerpreise für: 1. Dinkelstroh (getrocknet) 1,00 Gulden per 50 Kilo; 2. Weizenstroh 1,25 Gulden per 50 Kilo; 3. Gerststroh 1,00 Gulden per 50 Kilo; 4. Wiesensoden 1. Schnitt 3,00 Gulden per 50 Kilo; 5. Wiesensoden 2. Schnitt 2,75 Gulden per 50 Kilo.

Alle diese Preise sind Festpreise und verstehen sich frei Danziger Station bzw. frei Hof des vom Futtermittelverordnungsverbandes anerkannten Händlers. Sie gelten für gesunde einwandfreie Qualitäten. Minderqualitäten dürfen nur im Einvernehmen mit dem Futtermittelverordnungsverband gehandelt und geringer bezahlt werden. Der Verkauf von Stroh und Heu durch den Erzeuger (Bauern) direkt an Verbraucher, die in den Stadtgemeinden Danzig und Sopot wohnen, ist verboten. Ebenfalls ist dem Erzeuger (Bauern) die Abgabe von Raufuttermitteln gegen andere Waren (Kohlen, Dung u. dergl.) und die kostenlose Abgabe von Raufuttermitteln an Verbraucher untersagt, die in den Stadtgemeinden Danzig und Sopot ansässig sind. Desgleichen ist dem Erzeuger (Bauern) verboten, Häcksel

Am 1. Juli verstarb unsere Genossin
ww. Marta Wollermann
Sie war in den vielen Jahren ihrer Mitgliedschaft eine treue Anhängerin unserer Bewegung. Wir werden ihr Andenken stets hoch in Ehren halten.
SPD., 17. Bezirk
Neuschottland
Die Einäscherung findet am Montag, den 6. Juli, nachmittags 3 Uhr statt.

Sozialistischer Wählerfolg in Tinnland

Am 1. und 2. Juli sind die Wahlen zum fünften Reichstag durchgeführt worden. Die Parteien der Rechten hatten eine ungeheure Majorität gegen die Sozialdemokratie errufen. Sie haben jedoch ihr Ziel, den „Monismus“ zurückzuführen, nicht erreicht. Im Gesamtteil weisen die bisher vorliegenden Ergebnisse aus 8 von 10 Wahlkreisen sozialdemokratische Stimmengewinne aus. Es steht bereits fest, daß die Sozialdemokratie mindestens zwei Abgeordnete neu erobert hat. Der sogenannte Lappe Wahlkreis, der alle Anstrengungen gemacht hatte, wieder Einfluss zu gewinnen, hat keine Erlöse gehabt.

Neue Heberauschungsvisite. Der polnische Ministerpräsident Skladkowski erschien vorachtern früh um 8 Uhr im Reichshaus Schulkuratorium, um nachzusehen, wie es dort mit der Pünktlichkeit der Beamten bestellt ist. Von den aus 21 Personen bestehenden Beamten des Personalbüros waren erst drei Personen zur Arbeit erschienen. Im Zusammenhang damit hat der Ministerpräsident angedeutet, daß die ausenbüchlichen Urlaube des Kurators und der Beamten eingehalten werden. Nach acht Tagen pünktlicher Arbeit soll sich der Schulkurator beim Ministerpräsidenten melden.

Neues Zuchthausurteil in Franziskaner-Prozess. In den Sittlichkeitsprozessen gegen die Franziskanerbrüder erhielt der Bischofliche Bruder Fortas eine Strafe von zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust, der 62jährige Bruder Emilianus ein Jahr Gefängnis, worauf vier Monate der erkrankten Unteruchungszeit angerechnet werden.

Liquidation der Gdinger Werft unterbleibt

Danziger Werft verläßt ihre Beteiligung der Stadt Gdingen

Donnerstag nach der Gdingener Regierungskommission erfolgte in der Sitzung der vereinigten Stadtratskommissionen die Erklärung ab, daß das Angebot der Danziger Werft an die Stadt Gdingen, ihre Beteiligung an der Gdingener Werft der Stadt Gdingen abzutreten, von ihm namens der Stadt Gdingen angenommen worden sei. Die Annahme der Gdingener Werft, um eine Verbindung für Polen und Stadt herbeizuführen. Nach eingehender Aussprache haben die vereinigten Kommissionen einstimmig das Vorgehen gutgeheißen.

Auch die Seekommission der Gdingener Handelskammer, die sich gestern mit derselben Frage beschäftigte, hieß das Vorgehen gut. Es wurde in der Diskussion hervorgehoben, daß Gdingen als großer Hafen eine gut organisierte Schiffsreparaturwerkstatt benötige, die allmählich zu einer richtigen Werft, die auch Schiffsbauarbeiten ausführe, ausgebaut werden solle. Zur Bearbeitung dieser Frage wurde eine besondere Unterkommission gewählt.

Unser Wetterbericht

Wolfig, teils heiter, Temperatur unverändert

Allgemeine Ueberzicht: Der über Südwesteuropa vorrückende Hochdruckausläufer des Nordosts ließ den Druck in Zentraluropa überall ansteigen. Die Hochgebirge der atlantischen Zirkone sind dabei z. T. aufgelöst. Eine flachere Zellstörung über Polen, wo die Temperaturverhältnisse sehr groß sind, verursacht im Osten noch Trübung und anhaltende Gewitterstürmungen. Bei langsam aufsteigendem Himmel werden die Temperaturen wieder ansteigen.

Vorhersage für morgen: Wolfig, teils anheiternd, schwache südliche Winde, Temperatur unverändert.

Aussichten für Montag: Wolfig, teils heiter.

Maximum des letzten Tages: 20,5 Grad. — Minimum der letzten Nacht: 13,0 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Am Danziger Hafen werden erwartet:

Polnischer D. „Kotowice“, circa 5. 6. 7. fällig. Fam.; poln. D. „Poznan“, 6. 7. fällig. Fam.; dtsch. D. „Taurus“, 6. 7. fällig. Fam.; dän. D. „Diga“, 6. 7. fällig. Fam.; dtsch. D. „Wittor“, 2. 7. von Döber, Fam.; dän. D. „Tempo“, 6. 7. fällig. Fam.; schwed. D. „Carina“, circa 6/7. 7. fällig. Fam.; dtsch. D. „Phaedra“, 4. 7. von Königsberg, Wollf; schwed. D. „Silda“, 6. 7. fällig. Artus; dtsch. D. „Victoria“, 4. 7. von Königsberg, Wollf; dtsch. D. „Lothar“, circa 6/7. 7. fällig, Rother & Kilaquett; poln. D. „Lwom“, 6. 7. fällig, Rother & Kilaquett; estl. D. „Modnma“, 6. 7. fällig, Rother & Kilaquett; brit. D. „Maltrover“, 6. 7. fällig, Wollf; dtsch. D. „Salka“, 6. 7. fällig, Atlantic; schwed. D. „Nordöst“, 6. 7. fällig, Atlantic; dän. D. „Helsing“, 4. 7. von Kopenhagen, Södtmann; schwed. D. „Ludwig“, 4. 7. von Malmö via Gdingen, Behne & Siga; schwed. D. „Maricholm“, 6. 7. von Gdingen, Städtgüter von Stockholm, Bergente.

Am Gdingener Hafen werden erwartet:

D. „Maricholm“, 4. 7. fällig, Bergente; D. „Pammwall“, 4. 7. fällig, Bergente; D. „Delle“, circa 5. 7. fällig, Rummel & Burton; D. „Sofia“, 6. 7. fällig, Polak; D. „Iwan“, 6. 7. fällig, Bergente; D. „Andromeda“, 6. 7. fällig, Wollf; D. „Röfen“, 7. 7. fällig, Speeb; D. „Hyderabad“, circa 9/10. 7. fällig, Speeb.	8. 7. 4. 7.	3. 7. 4. 7.
Eborn +0,68 +0,69		Romanerspige +0,24 +0,19
Forden +0,72 +0,70		Piedri +0,18 +0,12
Gulm +0,55 +0,52		Ditzkau +0,10 +0,04
Grundenj +0,74 +0,69		Einlage +2,14 +2,14
Kurzbrad +0,89 +0,84		Schlewenhorst +2,36 +2,38
	1. 8. 2. 7.	1. 7. 2. 7.
Krafau -3,01 -2,99		Romn Sacz +1,12 +1,06
Karischoff +1,29 +1,16		Przemysl -2,26 -2,26
Karischau +0,91 +0,96		Woztow +0,41
Black +0,73 +0,70		Pultusk +0,49

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adoma; für Anzeigen: Anton Goben, beide in Danzig. Druck und Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt H. Pöppel, Danzig. Am Sonntag 6.

Heldenlegende 1936

Das Opfer des Arztes G. P. Nelson

Dies ist die Geschichte eines Mannes ohne Furcht und Tadel, eines Menschen, dessen stiller Geist größer war als seine Liebe zum Leben.

Der Arzt Henry Philbrick Nelson, als Chirurg im St. Bartholomews Spital in London tätig, gehörte bis vor einem Monat zu den Medizinern, denen man eine glänzende Karriere vorauslagte. Er war jung, glücklich verheiratet, Vater zweier Kinder, die ihn vergötterten. Seine Freunde hatten in ihm eine zuverlässige Stütze, seine Patienten einen stillen, freundlichen und menschlichen Helfer. Henry P. Nelson war Chirurg; er tat seine Arbeit, diese Arbeit, die, um zu helfen, in Lebensängsten und Schmerzen zu liegen mußte.

Es gibt seit den Tagen des großen Vaters die Meist. Es ist die Lehre, wie gefährliche Unreinlichkeiten bei Operationen und bei der Wundbehandlung ferngehalten werden. Diese Methode ist zu einem wahren Ritual ausgebildet worden, mit langen Waschungen, mit Verhüllen von Mund und Nase, mit Anlegen von Gummihandschuhen und dergleichen mehr. Nur in Fällen dringender Not, nur unter ganz besonderen Umständen darf dieses Ritual durchbrochen werden.

Henry P. Nelson hatte sich durch einen Unfall, der nichts mit seiner Tätigkeit zu tun hatte, eine kleine Schnittwunde an einem Finger der linken Hand zugezogen. Eine völlig unbedeutende Wunde, die ihn am Operieren nicht hinderte — zudem war seine Hand ja durch den Gummihandschuh geschützt.

Da ereignete sich Folgendes: Er hatte solchen einen schwierigen Fall vor sich, eine lebensgefährliche Eiterung besonders virulenter Koffen. Er arbeitete nicht allein, hatte seinen Teil der blutigen Arbeit schon geleistet und war dabei, nach dem Abstreifen der Wundschleime sich die Hände zu waschen — als ein plötzlich erneuter Ausbruch des Wunderdases ein sofortiges Eingreifen notwendig machte, wenn man das Leben des Patienten retten wollte. Es war keine Sekunde zu verlieren, um die scharfe Blutung zu stillen.

Nelson zögerte keinen Augenblick. Er wußte, wie ungeheuer gefährlich es war, ohne jeden Schutz die infizierte Stelle des Kranken zu berühren, er wußte auch, daß er an seiner eigenen Hand eine winzige Verletzung hatte, und daß damit die Gefahr fast zur entsetzlichen Zerreißerei der Ansehung wurde — aber er wußte auch, daß eine Sekunde, ein Zögern, über ein Menschenleben entscheiden würde.

Er zögerte nicht, er drückte die Hand auf die vergiftete Stelle — er rettete das Leben des Anderen. Aber er verlor sein eigenes Leben. Denn trotz der sofort vorgenommenen Desinfektion, trotz aller Versuche, sich nachträglich zu schützen, erkrankte Henry Philbrick Nelson selbst.

Und nun beginnt der Kampf, der einen Monat lang dauern sollte, der schweißige, heroische, verzweifelte Kampf eines Mannes um sein Leben — nein, der Kampf der besten, sorgsamsten, hingebendsten Ärzte Englands mit dem eigenen Tode.

Nicht das laute, tönende Heldentum ist das wahrhaft große. Aber der Heroismus, der mit offenen Augen in die Gefahr geht, um andere zu retten oder der Wissenschaft zu dienen, der Heroismus des Forschers und Arztes; dieser Witz ist der bewundernswürdigste und diesen Mut beizahnen.

Er wußte genau, in welcher Gefahr er schwebte. Er machte sich nichts vor, er beobachtete, zugleich Patient und Sachverständiger, das Fortschreiten der Erkrankung, die Ausbreitung des Giftes. Er besah seine geschwollene, unabweigliche Hand ein letztes Mal, ehe sie ihm abgenommen wurde. Er warf einen Blick auf den Arm, als es sich zeigte, daß auch der nicht mehr zu retten war.

Er lag still da — und so lange man sie zu ihm ließ, sah seine junge Frau neben ihm. Nelson gab den Kampf nicht auf — und ganz England erfuhr aus den täglichen Berichten der Zeitungen in diesen Tagen von dem Leiden und der Ruhe des jungen Arztes.

Die Professoren, die Kollegen aber kämpften um ihn wie um ihre Ehre. Medizinisch gesehen war der Fall fast hoffnungslos — aber niemand ist so gerecht, in solchen Fällen das Unmögliche zu erwarten und das Menschentümliche zu tun wie ein Arzt.

Als bekannt wurde, daß eine Transfusion nötig sei, meldeten sich mehr als ein halbes Dutzend Mediziner um dem fünfundsiebzigjährigen zu helfen. Aber die Transfusion hatte nicht das erhoffte Ergebnis.

Sein Herz begann schwach zu werden, die Lunge wurde angegriffen, — aber Nelson blieb ganz klar und wollte leben. Er wurde fast zum Symbol.

Aber während der Krankheit, den er gerettet hatte, wieder trat im Labor seinen Durste, verführte Nelson langsam. Er hat bis zum letzten Augenblick, bis zum Augenblick seines Todes in der Nacht vom 25. Juni, nicht geklagt. Er hat, anstandslos, beharrlich, wie kein Leben erkrankter, wie er langsam starb, er hielt bis zum letzten Augenblick die Hand seiner Frau in seiner gesunden Hand.

Es gibt Männer die keine Kirche heiligt, sondern die das Leben und die Erinnerung selbst heiligen. Und solch ein Mann war der Arzt Henry Philbrick Nelson, den England feiert.

Bohnenkampf im Dritten Reich

Erfolgreiche Lohnbewegung im Siemens-Werner-Werk

Am Berliner Siemens-Werner-Werk ist kürzlich eine Lohnbewegung einer großen Gruppe hochqualifizierter Arbeiter erfolgreich abgeschlossen worden. Die Arbeiter, die bisher einen Stundenlohn von 80 bis 88 Pfennig erhielten, forderten die Angleichung ihres Lohnes an den einer anderen Gruppe, die 95 Pa bis 106 Mark pro Stunde verdient. Der Verhandlungsausschuss wurde von den Arbeitern selbst gebildet, diese Verhandlung zu vertreten, die aber vom Obermeister abgelehnt wurde. Daraufhin kündigte eine Anzahl Arbeiter, nicht ohne die Direktion um und verfolgte einen Anwalt zur Strafe dafür, daß er das Verbot der Arbeiter unterstützt haben sollte. Diese Lieben jedoch nicht locker. Nun änderte die Direktion ihre Taktik, ließ einzelne Arbeiter auf Verdacht einsperren und bemühte ihnen differenzierte Angebote von 2 bis 3 Pfennig, die samt noch weiteren des Meisters vorgelegt wurden. Diesen Vorschlägen gegenüber weigerten die Arbeiter mit neuen Forderungen. Ihr hartnäckiger Widerstand war ihnen nach drei Tagen von Erfolg gekrönt. Die Direktion der von der Gewerkschaft der Arbeiter, bewachte allen an der Aktion beteiligten Arbeitern einen Stundenlohn von 136 Mark.

Die Umstrukturierung im deutschen Auswärtigen Amt. Am Sonntag vormaliger Standes hat das deutsche Auswärtige Amt die bisher unter Schandenschein verlor. Drei Abteilungsleiter sind in der letzten Zeit entlassen worden: Kopp wegen Verstoßes der Weizsäcker, Müller wegen nicht ausreichender Kenntnisse und v. Weizsäcker, der Leiter der Personalabtei-

lung, gegen den sich Widerstände der Parteistellen bemerkbar machten, so daß auch seine Verlegung nach Kopenhagen scheiterte, obwohl er bereits das Agrément der dänischen Regierung erlangt hatte. Dazu kommt der plötzliche Tod des Staatssekretärs v. Nulow, der gleich v. Grünau in seiner Personalpolitik die Tradition des auswärtigen Amtes verließ und sich an die aus der Verwaltungskarriere und aus dem diplomatischen Dienst hervorgegangenen Anwärter hielt, und die Verlegung des Legationsrates von Nenthe-Pink, der an der Spitze der Europa-Abteilung stand, nach Kopenhagen. Es ist damit zu rechnen, daß die freigebliebenen Stellen in der Hauptsache mit nationalsozialistischen Parteigängern, deren Eindringen in den diplomatischen Dienst bisher erheblichen Widerstand fand, besetzt werden.

Große Bauern-Demonstrationen in Polen

Politische Entschickung an Rndz-Sznajli überreicht

In dem Dorfe Nowosielec in Kleinpolen fand eine Kundgebung der Bauernschaft statt. An dieser Manifestation nahmen gegen 120000 Bauern aus ganz Polen teil. Gleichzeitig mit dem Generalkommissar der Armee Rndz-Sznajli trafen zahlreiche Armeedelagationen aus allen Teilen Polens ein, um an diesen Feierlichkeiten teilzunehmen.

Im Rahmen der Feier hielt der Vizepräsident der Bezirksorganisation der Volkspartei Franciszek Sznajli eine bemerkenswerte politische Rede. Der Redner sprach vom Geist des Michael Pruz — ein Bauernführer, der im Jahre 1894 erfolgreich gegen die in Polen eingedrungene Zaristen Armee kämpfte — der noch immer seine Flügel über der polnischen Armee ausgebreitet halte. Er sprach aber auch vom geistigen Nachfahren des Pruz, dem Dorfvorsteher von Wierzbowice Wiktor, welcher die Bauern lehrte, nicht allein ihr Heimatdorf, sondern ganz Polen mit ihrer Sorge zu wahren. „Wir sind uns heute“ — so sagte Sznajli — unterer Pflichten gegenüber dem Staat bewußt, in erster Reihe der Pflicht der Staatsverteidigung. Doch als „Mitbürger“ des Staates haben wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, darüber mitzureden, wie dieser Staat beschaffen sein soll und welche Richtung er einschlagen darf. Wir haben die Pflicht, zu rufen, daß die Zurückdrängung der Bauernmasse von der gehörigen Teilnahme an den politischen Angelegenheiten, daß der Entzug der politischen Rechte sich im Staatsleben gerade dann gefährlich auswirken kann, wenn die Dienstleistung der Bauern, das Blut und das Leben der Bauern benötigt werden.

Wir wollen die Teilnahme der Armee mit dem Generalinspektor General Rndz-Sznajli an der Spitze — an dieser Feier zu Ehren des Bauernhelden Michael Pruz als eine Verherrlichung hinhinnehmen, daß ein besseres Verhältnis als bisher für diese Dinge Platz greift, welche die Bauernmasse begehrt.“

Nach dieser Rede näherte sich ein Bauernführer, Arcepowski aus Zaleskane, der Tribüne des Generalinspektors der Armee und rief aus: „Es lebe die Polnische Republik! Es lebe die starke polnische Armee! Es lebe die Volkspartei! Wir verlangen die Rückkehr von Witas und seiner Genossen!“

In diesem Augenblick senkten sich die Fahnen der Organisationen der Volkspartei und Arcepowski verbeugte sich tief vor dem General Rndz-Sznajli, der mit militärischem Gruß erwiderte. Arcepowski überreichte dem Generalinspektor die Entschickungen der Kreisorganisationen der Volkspartei, in denen die Wünsche der Bauernschaft auf politische Mitbestimmung niedergelegt waren.

Diese Kundgebung der Bauern hat ein hartes Echo im Lande ausgelöst. Besonders wird neben der riesigen Beteiligung die Tatsache für bedeutsam gehalten, daß im Gegenwart des Generalinspektors Rndz-Sznajli die politischen Forderungen der Bauernschaft zur Verkundung kamen.

Die Landarbeiterstreiks in Kleinpolen

Ministerpräsident Skladkowski an den Erben der Zusammenstöße

Der polnische Ministerpräsident Skladkowski hat in Begleitung des Landwirtschaftsministers Porciariwski und des Agrarier Wojewoden die Dörfer der Agrarier aufgesucht, in welchen es zu den gemeldeten blutigen Zusammenstößen mit streikenden Landarbeitern kam. Deren 15 Todesopfer zu beklagen waren. Dem amtlichen Bericht zufolge wurde festgestellt, daß der Streik im Kreis Wierzbowice rein wirtschaftlichen Charakter trage. Dagegen soll der Streik in Arcepowice im Kreis Przeworsk, einem Zentrum der Agrarier Unruhe, durch gleichfalls wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter zur Grundlage gehabt, später aber politischen Charakter angenommen haben. Der politische Charakter des Streiks wird darin erblickt, daß die Streikenden in diesem Falle die Abschaffung der verhassten Zersplitterung verlangt haben.

Die Verhandlungen, die über die Streiks in den Kreisen Wierzbowice und Przeworsk geführt wurden, sollen zum Abschluß eines Kollektivvertrages geführt haben. Da jedoch die Streikenden dadurch nur einen Teil der Forderungen als erfüllt ansehen, dauert die Streikbewegung auf den Gütern der genannten Kreise an. Auch in den Nachbarregionen soll Streikbewegung bestehen.

Radikalfazialisten vorkommend

Aussprache im Exekutivkomitee über die Linie

In den letzten Tagen sind in Frankreich und dem Ausland zahlreiche Radikalfazialisten verbreitet worden. Die von einem Zerfall der Volksfront oder von einer Spaltung der Partei geschrieben. Infolge dessen lagen die Klärungen des Falles der Parteiführung, die den Namen von den ausgesprochen kapitalistischen Mitgliedern der Partei über. Das diese Radikalfazialisten völlig abwegig und von der Partei als vorkommend angesehen sind, beweist die Aussprache des Exekutivkomitees der radikalfazialistischen Partei, in der über die innerpolitische Linie gesprochen wurde.

Nachdem der Parteivorstand das Radikal für eine innere Zusammenarbeit mit den übrigen Parteien der Volksfront ausgesprochen hatte, entspann sich eine heftige Debatte über die kommunistische Gefahr. Die Radikalfazialisten des führenden Organs der Radikalfazialisten „Revolucion“ sind vorwiegend an der Hand verschiedener Dokumente nachzuweisen, daß die Kommunisten auf die Zerschmetterung Frankreichs hinarbeiten und forderte die Verdrängung der radikalfazialistischen Parteien durch die radikalfazialistische Partei. Dagegen betonte, daß die gegenwärtige Regierung nichts anderes sei, als eine Vollführung des Programms der radikalfazialistischen Partei und daß die Vertreter der Partei in der Regierung niemals ein Verbrechen zu begehen werden, das die Demokratie bedrohen würde. Die Radikalfazialisten sind daher zu dem Schluß gekommen, daß die Radikalfazialisten sich nicht mit der Volksfront einlassen werden.

Sanktionen gegen Italien aufgehoben

Absinnien stimmt als einziger Staat dagegen

Die Völkerbundsversammlung hat die vom Vizepräsidenten vorgelegte Entschickung über die Aufhebung der Sanktionen und die Reform des Völkerbundes in namentlicher Abstimmung angenommen. In der Abstimmung haben 49 Staaten teilgenommen. 44 Staaten haben für die Entschickung, Absinnien als einziger Staat dagegen gestimmt. Vier Staaten haben sich der Stimme enthalten.

Nach der Annahme der Entschickung über die Aufhebung der Sanktionen schritt die Völkerbundsversammlung zur Verhandlung der Entschickungsentwürfe, die von der abessinischen Abordnung vorgelegt worden sind. Zum ersten Entwurf, womit der Völkerbund aufgefordert wird, die Eroberung Abessinien durch Italien nicht anzuerkennen, gab der Präsident eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die Entschickung als erledigt gelten konnte. Die Versammlung bewilligte schließlich diesem Vorschlag zu. Bei dem zweiten Entschickungsentwurf über die Verwahrung einer Völkerbundsanktion behand die abessinische Abordnung auf namentlicher Abstimmung. Diefem Antrag wurde stattgegeben. Die Entschickung wurde von der Versammlung mit 23 Stimmen gegen die Stimme Abessinien und bei 25 Stimmenthalten abgelehnt.

Vorschläge zur Völkerbundsreform bis zum 1. September

In der Völkerbundsversammlung vorgelegten Entschickung über die Reform des Völkerbundes, der Rat möge die Mitgliedstaaten auffordern, alle Vorschläge, die sie zu machen beabsichtigen, um die Verwirklichung der Grundzüge des Valles in den oben angegebenen Grenzen zu vervollkommen, so weit wie möglich, vor dem 1. September 1935 an den Generalsekretär gelangen zu lassen. Die beauftragten Generalsekretäre, diese Vorschläge unter Prüfung zu unterstützen, und bittet den Rat, die Völkerbundsversammlung auf der nächsten Tagung über den Stand der Arbeit zu berichten.

Außerordentliche Vollversammlung beendet

Die 16. Völkerbundsversammlung wurde Sonnabendabend mit einer Rede des dänischen Ministerpräsidenten van Geeland abgeschlossen. Der Beginn der 17. ordentlichen Versammlung ist vom 7. auf den 21. September verlegt worden.

Der Regus nach Paris abgereist

Der Regus und seine Begleiter, darunter Abd Kassa, führen am Sonntag nacht abend von der Völkerbundsversammlung nach Paris ab. Am Sonntag abend sind etwa 150 Personen eingefunden, von denen etwa 100 Regus bei der Abfahrt mit Ausrufen wie „Es lebe der Regus“ verabschiedeten.

„Daily Herald“ meldet, daß der Regus mit einem Anzug nach Absinnien begeben wird. Das Anzug soll von dem bekannten englischen Aliegarer Wollton geheret werden, das angeblich ein diesbezügliches Knecht des Regus angenommen haben soll. Das Paar Wollton erwartet in London die weiteren Anweisungen des Regus. Wollton behauptet, daß sich der Kaiser von Absinnien in dieser Angelegenheit an ihn gewandt hat. Man nimmt an, daß der Regus im Sudan landen will.

Der sozialistische Wahlerfolg in Finnland

Die Sozialisten gewinnen die meisten Stimmen

Bei den Wahlen in Finnland haben die Sozialisten die weitest große Stimmenzahl erhalten. Nach ihnen folgen die Konservativen, die Liberalen und erst dann die finnische Patriotic Liga.

Die vorläufige Mandatsverteilung stellt sich wie folgt: Sozialdemokraten 83 Mandate (bei der Wahl 1933 75 Mandate), Landwirtschaftspartei 54 (53), Schwedische Partei, Konservativen 19 (17), Patriotic Liga 13 (13), Fortschrittspartei 8 (11), Volkspartei 1 (2). Die „Kleinen Landwirte“, die 1933 3 Mandate erhalten hatten, haben bei den diesjährigen Wahlen kein Mandat erhalten.

In Helsinki selbst ist das Stimmenergebnis folgendes: Sozialisten: 40568 Stimmen (bei den Wahlen im Jahre 1933 — 3280 Stimmen), Schwedische Partei: 2354 (2213), Fortschrittspartei: 1614 (1583), Konservativen: 876 und Patriotic Liga: 305 Stimmen (bei den letzten Wahlen errangen die beiden letzten Parteien zusammen 1075 Stimmen).

Polens Frontkämpfer gegen antisemitische Erzeße

Die Auflösung der national radikal Partei gefordert

Die polnischen Frontkämpferverbände haben zunächst im Kreis Madon eine Reihe öffentlicher Protestversammlungen gegen das Vorgehen der rechtsradikalen Nationalen Partei einberufen, denen weitere Versammlungen folgen sollen. Bei den bisherigen Versammlungen wurde in scharfer Form gegen die Verfälle in Warschau, wo nach einem Überfall auf das Rathaus antisemitische Ausschreitungen erfolgten, und ähnliche Aktionen der Nationalen Partei Protest erhoben, die die Staatsinteressen schädigten. In den Entschickungen der Versammlungen wird von der Regierung die Auflösung der Nationalen Partei, die eine Gefahr für den Bestand des Staates sei und die Sicherheit der Bürger bedrohe, gefordert.

50 Mitglieder der Nationalen Partei vor Gericht

In Gattin wurde ein Prozeß gegen 50 Mitglieder der Nationalen Partei durchgeführt, die an bewaffneten Unruhen in Gattin beteiligt waren. Die Urteile lauteten für die Haupttäter auf 3 Jahre Gefängnis, für die meisten Angeklagten auf Gefängnisstrafen zwischen einem und einem halben Jahre.

Aus dem Dritten Reich

Staatssekretär Reinhardt vom Reichsfinanzministerium teilte in einer Rede mit, daß im Dritten Reich bisher in 20000 Fällen Gehaltsrückstände im Gesamtbetrag von 20 Millionen Mark gewahrt wurden.

In groß Zehlingen wurden, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, die bisher bestehenden 32 Schutzgesellschaften auf Anregung des Oberbürgermeisters in einem einzigen Sozialversicherungsamt zusammengeschlossen. Zum Amtschef wurde der Oberbürgermeister selbst ernannt. Der jeweilige Sozialrat soll keine Selbstverwaltung auf Kosten der Stadt betreiben, die auch die üblichen Kosten seiner Würde übernimmt.

Der die Unzulänglichkeit des Firmenregistergesetzes, den die Amtsgerichtsrat Großhuff in der „Berlinerischen Wochenzeitung“ ausführt, das Merkmal der „Deutschhändlerische“ auszuscheiden. Von 3201 Firmen, die in der Firmenliste des Berliner Registerbüros den Zusatz „Deutschhändlerische“ aufwiesen, seien nun etwa 2000, nämlich 2700 geblieben, wobei dahingehalt bleibe, ob es sich um freiwillige Abmeldungen oder um Löschnungen wegen Unzulänglichkeit handele.

